



## **Alternativantrag**

der Fraktion der FDP

zu „**Evaluation und Fortschreibung der Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“**“ (Drucksache 20/4400)

**Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ realistisch weiterentwickeln – Zukunftsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Eigenverantwortung stärker verankern**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ seit ihrer Verabschiedung im Jahr 2021 wichtige Impulse für die Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein gesetzt hat. Gleichzeitig haben sich seitdem die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen erheblich verändert. Pandemie, gestörte Lieferketten, Rohstoffabhängigkeiten, neue geopolitische Spannungen und der zunehmende internationale Wettbewerb haben deutlich gemacht, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung breiter verstanden werden muss.

Der Landtag bitte die Landesregierung daher, das Landesprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung in seiner Gesamtausrichtung kritisch zu prüfen und dabei insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

1. Die Landesregierung wird gebeten, die BNE-Landesstrategie um den Schwerpunkt „globale Herausforderungen, Resilienz und Versorgungssicherheit“ zu erweitern. Schülerinnen und Schüler sollen künftig stärker verstehen lernen, wie internationale Lieferketten funktionieren, welche Abhängigkeiten beispielsweise bei Energie, Rohstoffen, Medikamenten, Halbleitern, Lebensmitteln und kritischer Infrastruktur bestehen und welche Folgen Kriege, Handelskonflikte oder einseitige Abhängigkeiten für

Deutschland, Europa und Schleswig-Holstein haben können. Ziel soll sein, jungen Menschen ein realistisches Verständnis dafür zu vermitteln, dass Nachhaltigkeit auch aus Vorsorge, Innovation, Anpassungsfähigkeit und Eigenverantwortung bestehen.

2. Die Landesregierung wird gebeten, wirtschaftliche Bildung und unternehmerisches Denken verbindlich stärker mit einer neuen BNE-Strategie zu verzahnen. Nachhaltige Entwicklung gelingt nicht gegen Mittelstand, Handwerk, Landwirtschaft und Industrie. Deshalb sollen Fragen von Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit, Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz, Innovationsfähigkeit und marktwirtschaftlichen Lösungen stärker in Bildungsangeboten verankert werden. Schülerinnen und Schüler sollen lernen, dass Wohlstand, soziale Stabilität und ökologische Verantwortung nur dann zusammengebracht werden können, wenn ökonomische Realitäten nicht ausgeblendet werden.
3. Die Landesregierung wird gebeten, die BNE-Strategie stärker auf politische Urteilsfähigkeit, Medienkompetenz und den Umgang mit Zielkonflikten auszurichten. Gerade bei wichtigen Fragen wie beispielsweise von Klima, Energie, Migration und Sicherheit dürfen Bildungsangebote nicht den Eindruck erwecken, als würden diese Themen auf wenige politisch richtige Antworten hinauslaufen. Die Schülerinnen und Schüler müssen vielmehr die Debattenfähigkeit und die Fähigkeit zur Abwägung lernen und anwenden können.

Anne Riecke  
und Fraktion